

Begegnung mit Karl Wüstenberg

Meine erste Begegnung mit Karl Wüstenberg fiel in die Nachkriegszeit. Eine "Nissenhütte", von den englischen Besatzungstruppen gestiftet, sollte von unserer Jugendgruppe als Heim und Treffpunkt genutzt werden. Die notwendigen Mauersteine hatten wir aus dem Trümmerschutt der zerstörten Häuser geborgen. Unter der Anleitung von Karl Wüstenberg wurde aus Blech und Steinen unser Jugendheim zusammengefügt.



Die nächste Begegnung fand viele Jahre später in Kronshagen statt. Karl Wüstenberg gehörte zu den Teilnehmern unserer SPD-Mitgliederversammlungen, der Referenten und Diskussionsrednern interessiert zuhören konnte. Wenn er sich zu Wort meldete, geschah es sachlich und bestimmt, stets in dem Bemühen, zu überzeugen und nicht zu überreden. Diese Eigenschaften wurden auch von meinen Parteifreunden geschätzt, mit denen er viele Jahre in der Gemeindevertretung Kronshagen - vor allem im Bauausschuß - zusammenarbeitete.

Zum Schleswig-Holstein-Tag 1981 hatte er für den SPD-Ortsverein eine Wanderung von Kronshagen über Margarethen-tal, Knoop und zurück nach Suchsdorf ausgearbeitet und auf plattdeutsch dazu eingeladen. Er war übrigens jahrzehntelang - mit Ausnahme der Zeit während des Nationalsozialismus, als der Verein verboten war - Mitglied des Vereins der Naturfreunde.

Er ließ es sich nicht nehmen, den Weg mit uns zu gehen, obwohl die Krankheit schon an seinen Kräften gezehrt hatte. Ungebrochen war sein Lebensmut, als er Haus und großen Garten in Kronshagen aufgab, um mit seiner Frau Margot in eine weniger arbeitsaufwendige Eigentumswohnung zu ziehen.

Mir werden Karl Wüstenbergs freundliche Ratschläge zur Unterstützung meiner Tätigkeit im Gemeinderat fehlen.

Th. Sakmirda

Anfrage

Seit Jahren versprechen uns die Behörden, daß der gefährliche Bahnübergang endlich mit einer Klingel versehen wird.

Ergebnis: absolut nichts.

Wie lange will man uns noch hinhalten? Das bisherige Verhalten der Verantwortlichen ist doch wohl ein geschmackloses Spiel mit der Geduld des Bürgers!

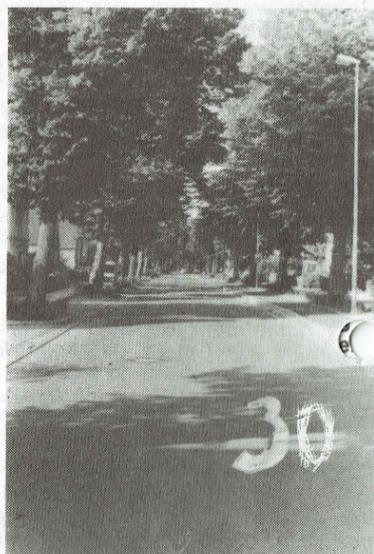
Bürgerinitiative Kopperpahler Allee

Die Fraktion der SPD in der Gemeindevertretung der Gemeinde Kronshagen befaßte sich mit den von den Anwohnern der Kopperpahler Allee vorgetragenen Sorgen als Folge zunehmender Verkehrsbelastung: "Sie bitten ihre gewählten Vertreter im Gemeinderat, sich für den Schutz der Schul- und Kindergartenkinder einzusetzen; wir wollen unsere Kinder nicht dem Straßenverkehr opfern. ... Darüberhinaus darf unserer Ansicht nach die Lärmbelastung nicht weiter ansteigen, bzw. der jetzige Zustand muß reduziert werden."

Die Fraktion der SPD wird sich dafür einsetzen, zwischen Eichkoppelweg und Meddagskamp die Geschwindigkeit auf 30 km/h zu beschränken.

Zur Lärmbelastung verweist die Fraktion bedauernd darauf, daß die unionsregierten Länder das von (damaligen Bundesregierung eingebrachte Gesetz zur Bekämpfung des Verkehrslärms zu Fall gebracht haben: aus Kostengründen. So bleibt den Anwohnern nichts anders übrig, als ihre Wohnungen aus eigenen Mitteln schalldichter zu machen. Sicher läßt sich noch schwerer, wenn überhaupt, der Lärm von Terrassen und Gärten fernhalten.

Dieter Reyher



Kontakte -
Sozialdemokratische Bürgerzeitung
für Kronshagen

Herausgeber:
Arbeitskreis Zeitung im Ortsverein
Kronshagen der Sozialdemokratischen
Partei Deutschlands

Kontaktadresse:
Dieter Reyher, Henry-Dunant-Allee 22,
2300 Kronshagen, Telefon 54 26 00
Fotos: Reyher, Siebmann, Weskamp

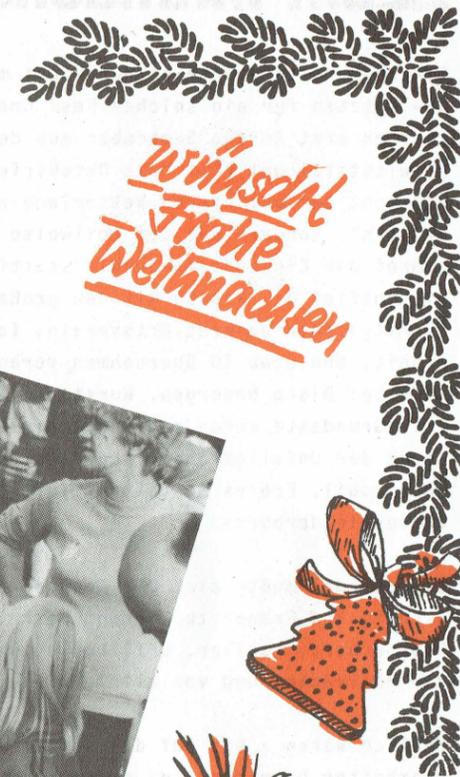
Druck:
Martin R. Schnelldruck, Kiel



kontakte

Sozialdemokratische Bürgerzeitung

III./82



"Treffpunkt..."

...zum Mitmachen

Ein Sommerfest konnte es nun nicht mehr werden, denn die letzten für ein solches Fest Unentbehrlichen kehrten erst Anfang September aus dem Urlaub zurück. Arbeitstitel war also "das Oktoberfest", das in Anbetracht der unsicheren Wetterlage nicht auf der "Wies'n", sondern auf dem teilweise überdachten Pausenhof der Eichendorff-Schule stattfinden sollte. Damit entfiel das Risiko mit den großen Zelten. Etwa 20 Mitglieder unseres Ortsvereins fanden sich zur Mitarbeit, und etwa 10 übernahmen verantwortlich je eine Aufgabe: Disco besorgen, Wurst grillen, Bierstand (Ein Grundsatz wurde geboren: Kein Bier in Flaschen, wegen der Unfallgefahr.), Kaffeestand, Teestand, Spielmobil, Freies Gestalten, Info-Stand und Theater, Kinderkleiderbörse.

Ein paarmal mußte sich die Gruppe treffen, um die wichtigsten Fragen zu klären: Wo kriegt man billig Pappbecher, -teller, Grillkohle usw., wer bestellt die Müllsäcke, und vor allem, wie wird das Wetter?

Endlich waren - bis auf das Wetter - die letzten Unklarheiten beseitigt, da ereignete sich der Sturz der sozialliberalen Regierung. Was nun? Wollen wir trotzdem feiern, oder jetzt gerade? Wird es vielleicht sogar eine Wahlveranstaltung (Neuwahlen jetzt!)? Jetzt gab es kein Zurück mehr, wurde beschlossen, es muß gefeiert sein.



Die "Oktoberfestgruppe"

2. Oktober morgens: Strahlender Sonnenschein hinter Morgennebel. Mittags: Alles steht, aber kommen denn Leute? In Kiel ist langer Sonnabend und 500jähriger Jahrmarkt! 15 Uhr: Der Platz füllt sich allmählich. Der Leierkasten spielt und zieht noch Besucher an. Die Disco dröhnt, der Kaffee duftet, die ersten Gäste sitzen zufrieden in der Sonne.

Der Nachmittag geht mit kleinen Höhepunkten dahin. Nach dem Leierkastenmann (Kurt Fischer aus Hasseldieksdamm) kommen José y Jaime, chilenische Sänger und Musiker, ein türkischer Musiklehrer führt sein

Instrument vor und singt dazu, Heide Simonis diskutiert mit jungen Leuten, Kurt Hamer freut sich über den fleißigen Ortsverein Kronshagen.

Das Spielmobil beschäftigt die Kinder mit verschiedenen Mitmach-Angeboten, außerdem wird gemeinsam gewebt und Steine werden bemalt.

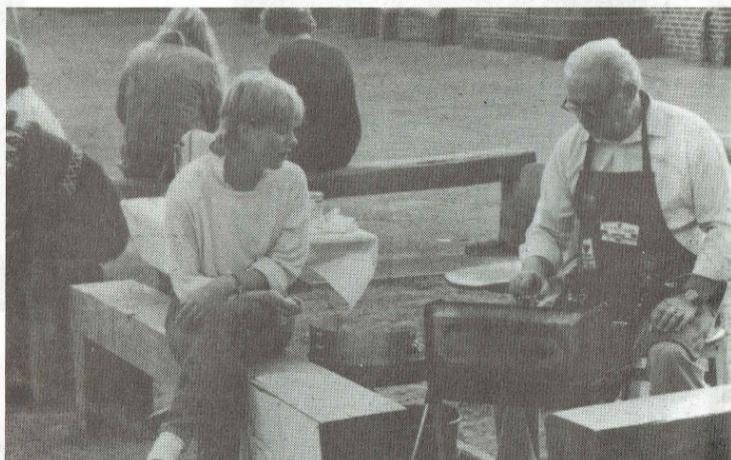
Kaffee und Kuchen 'geher' gut, Tee dagegen ist für viele kein Getränk. "Early Gray! Das schleppt mein Sohn immer an, das ist was für Junge!"

Die "Jungen" scharen sich um die Discothek und nehmen kräftig Einfluß auf das musikalische Programm. Dazwischen singen mal die Chilenen, Zuhörer singen und klatschen mit.

Allmählich wird es dunkel, die Kinder bekommen eine Laterne mit auf den Weg, die letzten Würstchen müssen verkauft werden - bei Kerzenlicht - der Bierhahn wird zugedreht. Inzwischen kommt die Frauentheatergruppe und baut ihre Kulissen auf. Das Fest auf dem Platz geht zu Ende. Trotz ihrer Enttäuschung darüber helfen die jungen Leute - Gäste - mit, Tische und Stühle wegzutragen. "Warum macht Ihr das nicht öfter? Wir helfen ja auch mit!"

Um 19.30 Uhr beginnt das Theater. Die Frauen spielen satirische Stücke über Themen, die ihnen unter die Haut gehen und über Situationen, die täglich passieren können und in ihrer Absurdität dargestellt werden. Danach gibt es noch eine Diskussion zwischen Darstellern und Publikum. Die Festmacher sind leider müde, denn der "Arbeitstag", den sie hinter sich haben, war lang. Gelernt haben wir, daß solche Aktionen nicht unbedingt am gleichen Tag sein müssen.

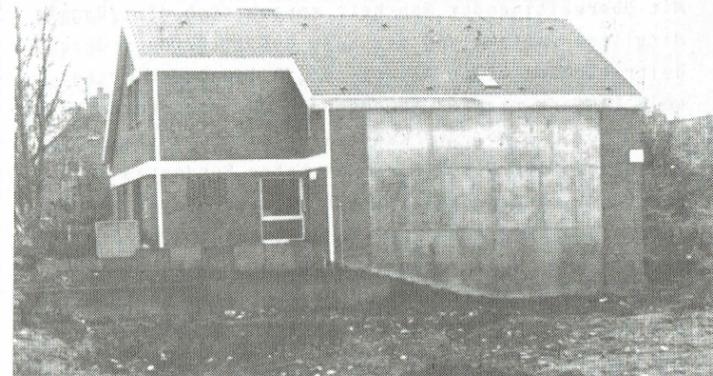
Am Sonntagmorgen sind alle wieder da zum Aufräumen. Eine "Kette" geht über den Schulhof und sammelt alles auf. Ganz zum Schluß geht noch ein teurer Info-Stand, der in Form eines Koffers eine Weile auf dem Parkplatz herumstand, verloren! Auf der Polizeiwache stellt sich heraus, daß nette Jungen ihn nur sicherstellen wollten. Den Beiden nochmals herzlichen Dank dafür, und auf Wiedersehen beim nächsten mal!



Ein Bürgerhaus - für wen?

Nun haben wir also den geänderten Beschluß über den Bau des Bürgerhauses. Bedauerlich dabei ist, daß die Mehrheitsfraktion dieser Gemeindevertretung - wie erwartet - der SPD keine Möglichkeit zur Zustimmung lieb. Die Gründe für die Ablehnung durch die SPD-Fraktion waren im Einzelnen:

1. Die Nutzungsmöglichkeiten dieses Vorhabens erstrecken sich weitgehend auf einen Saalbetrieb mit Kneipe.
2. Die Jugend des Ortes ist im Bürgerhaus durch die Nichtbereitstellung eines Raumangebots ausgeschlossen.
3. Die Finanzierung des Hauses wird durch einen 400.000,- DM teuren Schiebstand - nutzbar für jeweils 2 Schützen - unnötig belastet.
4. Die Folgekosten für das Vorhaben wurden nicht, wie gesetzlich vorgeschrieben, aufgezeigt.
5. Im Bereich des Gaststättenbaus wurde ein Kopplungsgeschäft mit der Trägergesellschaft im B-Plan Waidmannsruh im Rahmen einer Absichtserklärung eingegangen, ohne daß fertige Verträge der Gemeindevertretung vorgelegt werden konnten. Ein, wie die SPD-Fraktion meint, merkwürdiges Unterfangen, quasi die Katze im Sack zu kaufen. Dies kann wohl nur damit begründet werden, daß man interessierten Kreisen (vielleicht aus der eigenen Mitgliedschaft der Partei?) von Seiten der CDU entgegenkommt. So kann die Wohn- und Gewerbebau GmbH & Co KG günstig aus einer Verpflichtung für die nächsten 10 Jahre gegenüber der Holstenbrauerei kommen. Dabei wird das Risiko auf die Gemeinde übertragen. Hier riecht es



(Foto: J. Siebmann)
Die Bücherei - hier soll das Bürgerhaus entstehen

nach schwarzem Filz in Kronshagen. Das nebenbei Architekten ohne Beschluß der zuständigen Gremien zusätzliche Aufträge mit finanziellen Auswirkungen gegeben wurden, sei nur am Rande bemerkt. Dieses Vorgehen kann in einer Gemeinde schon nicht mehr verwundern, in der seit 30 Jahren so regiert wird, als ob dieses Gemeinwesen einer einzelnen Partei gehört.

Zusammengefaßt ist festzustellen, daß dies 5,8 Millionen DM teure Bauvorhaben ein Prestigeobjekt der "Regierungspartei" mit bisher nur undeutlich erkennbarem Nutzen für die Allgemeinheit ist. Zumindest ist das, was Bürgerhäuser ausmachen sollte, der Nutzen für alle Bürger dieser Gemeinde, nicht zu erkennen - es sei denn, daß man 4 bis 6 Jahresfeste einzelner Vereine und Verbände im Jahr, die es zu veranstalten gilt, als ausreichenden Anlaß für den Bau eines 5,8-Millionen Objektes ansieht.

War da nicht irgendwann einmal der Ruf einer Oppositionspartei im Bund - der jetzigen Kanzlerpartei - nach sparsamer Mittelverwendung? C.P.L.



Wahlkreisparteitag der SPD am 11.12.82 in Fockbek

Heide Simonis wurde am 11. Dezember 1982 mit 126 von 135 Stimmberechtigten erneut als Bundestagskandidatin für den Kreis Rendsburg-Eckernförde gewählt.

"Wir setzen auf Sieg", erklärten Heide Simonis und der Kreisvorsitzende der SPD, Günther Neugebauer übereinstimmend unter dem Beifall der Delegierten. Heide Simonis: "Unsere Chancen stehen gut, wenn es uns gelingt klarzumachen, daß denjenigen, die schon jetzt geschröpft werden, die Hauptrechnung erst nach dem 6. März präsentiert werden wird." Und: "Wir wollen eine Gesellschaft, in der es keine Kälte und keine Härte gibt und in der niemand ausgegrenzt wird". Also auch keine "Wende rückwärts", wie Heide Simonis in ihrer Rede zum Bundeshaushalt am 11. 11. 1982 sagte.

Sicherheitsrisiko!!

Die Dorfstraße ist eine der meistbefahrenen Straßen Kronshagens - wer wollte das bestreiten?

Seit einiger Zeit nun verkündet ein kleines, harmloses Verkehrsschild eine drastische Veränderung: Rad- und Mofafahrer in Richtung Ortskern müssen die Straße benutzen! Was soll das?
Als langjähriger Anwohner der Dorfstraße halte ich diese Veränderung für Irrsinn - Schilder läßt grüßen. Nach meiner Beobachtung hat sich die bisherige Lösung, nach der Radfahrer den Radweg in beide Richtungen benutzen konnten, bewährt, da größere Ströme von Radfahrern, besonders natürlich Schulkindern, nur zu bestimmten Zeiten auftreten und dann auch stets in nur eine Richtung fließen, morgens zur Schule, mittags zurück.

Nun jedoch schicken wir unsere Kinder auf die Straße, die sie sich mit Lkw's, Bussen und Autos teilen müssen. Dazu kommt noch, daß die existenzwichtige Kundschaft des Grills in der Dorfstraße direkt vor dem Laden halt und von Radfahrern noch umkurvt werden muß. Und wer weiß, wie Kinder - besonders in Gruppen - radfahren, der kann sich leicht die gefährliche Situation vorstellen. Da fährt man zu zweit, zu dritt nebeneinander, überholt sich gegenseitig, wird von schnelleren Mofas überholt - und ist dann schnell im Gegenverkehr!



Diese Logik soll man verstehen: da wird für viel Geld der Schulweg im Verlauf des Suchsdorfer Wegs sicherer gemacht, da wird sogar ein Schulweg abseits der Straße eingerichtet, und dann macht man all diese Maßnahmen zunichte.

Wer will die Verantwortung übernehmen, wenn in der Dorfstraße durch diese sinnlose Maßnahme Kinder angefahren werden?

Noch hält sich - Gott sei Dank! - kaum einer an die neue Regelung - es ist noch nicht zu spät, vernünftig zu werden und unsere Kinder vor Schaden zu bewahren - und das geht nur, wenn man die alte Regelung wieder in Kraft setzt.

Jens Siebmann

Ein Beispiel

Alter: 18 Jahre Eintritt am 1. 10. 1982

Am Tag des Regierungswechsels trat Stefan Miss, Kronshagen, in die SPD ein.

Frage: Wie kamst Du dazu, ausgerechnet an diesem Tag in die SPD einzutreten?

S.M. : Ich bin der Meinung, daß die SPD am ehesten in der Lage ist, meine Interessen zu vertreten und fortschrittliche Reformen durchzusetzen. Außerdem ist sie die Kraft, die die Politik von Genscher/ Kohl abwehren kann. Am 1. 10. bin ich dann, veranlaßt durch die Ereignisse in Bonn, sozusagen aus Solidarität, Mitglied der SPD geworden.

Frage: Ist Deine Familie sozialdemokratisch geprägt?

S.M. : Sie ist zwar politisch interessiert, aber nicht bereit, sich einer Partei anzuschließen.

Frage: Warst Du bisher anderweitig politisch interessiert?

S.M. : Ich habe an verschiedenen politischen Veranstaltungen teilgenommen. Seit 2 Jahren bin ich in der SV und gehörte z.B. der Schülergruppe an, die bei Kultusminister Bendixen für den Friedensmarsch am 10. 6. 82 in Bonn schulfrei gefordert hat.

Wichtig ist für mich die Forderung nach Abrüstung in West und Ost.

Frage: Kannst Du dazu mehr sagen?

S.M. : Einen Verzicht auf den Nachrüstungsteil des Doppelbeschlusses und die Aufgabe der kostspieligen Aufrüstung im konventionellen Bereich (Rodgers Plan) würde einerseits die Glaubwürdigkeit der westlichen Demokratien in ihrer festen Friedensabsicht stärken, andererseits den Osten veranlassen, selbst Friedenssignale zu setzen. Gerade wir Deutschen können nur an Entspannung interessiert sein, was im Sinnanspruch unseres Grundgesetzes festgelegt ist. Ich weiß, daß die SPD, durch die Praxis erwiesen, ein Garant für Entspannungspolitik ist. Dies sollte zu einem allmählichen Umdenken in der Verteidigungspolitik führen. Die Demokratie besteht nicht allein durch Waffen, sondern in erster Linie durch die Wehrhaftigkeit des Geistes, der soziale, menschliche und freiheitliche Verantwortung mit einschließt.

Frage: Hast Du vor, auch in der SPD mitzuarbeiten?

S.M. : Ich stehe kurz vor dem Abitur, da bleibt nicht viel Zeit. Sobald ich es mir zeitlich erlauben kann, möchte ich an Seminaren, die sich hauptsächlich mit Fragen der Ökologie und Ökonomie beschäftigen, teilnehmen, um so auch Einblick in praktische Parteiarbeit zu bekommen.

Das Gespräch führte Karin Becker.

Boykott am Obststand Gedanken einer Hausfrau!

Zum Mittagessen sollte es Brotauflauf geben, und ich stand - es war im Sommer dieses Jahres - am Obststand unseres Selbstbedienungsladens, um die dazugehörigen Äpfel zu kaufen. Da gab es die verschiedensten Sorten, das Kilo zu 2,98 DM oder auch 4,34 DM. Aber mein erster Blick geht immer auf das Herkunftsland. Ich unterstütze zum Beispiel die Aktion der evangelischen Frauen "Kauft keine Früchte aus Südafrika", und nach der "Lebensmittel-Kennzeichnungsverordnung" muß bei Obst das Ursprungsland angegeben werden.

Aber man kommt da schon in Schwierigkeiten. Apfelsorten aus Südafrika kann ich also nicht kaufen. Seit einiger Zeit sind Äpfel im Handel, bei denen "Cape" als Herkunftsland angegeben ist. Cape - Capetown - ist das nicht auch Südafrika? Auf meine Frage am Obststand in verschiedenen Geschäften wurde ich nur erstaunt, aber schon sehr erstaunt angesehen. Und in einem Laden sagte man mir, "Cape"-Obst käme aus Südfrankreich! Vielleicht gar ein "Schleichimport" über Drittländer. Dann gibt es chilenische Äpfel. Nein, die kann ich auch nicht kaufen. Das habe ich im vergangenen Jahr auf einer Unterschriftenliste bestätigt. (Auch dabei dachte ich in erster Linie daran, mit Aufmerksamkeit zu machen auf Gewalt und Unrecht in Chile. Ich weiß, es gibt klügere Leute als mich, die sich seit langem um die Wirksamkeit von Boykottmaßnahmen streiten.)



Keine Sorge, mein Obststand hat ja noch andere Äpfel. "Granny Smith" zum Beispiel, aus Argentinien. Aber zu der Zeit hatte die Bundesrepublik ganz amtlich einen Handelsboykott gegen Argentinien, da konnte ich doch wirklich nicht ... - Äpfel aus Neuseeland? Was hat man dort für ein Regierungssystem? Ich mußte zugeben, ich wußte es nicht. Den zum Mittagessen geplanten Brotauflauf habe ich ohne Äpfel gemacht, zum Leidwesen meiner Familie.

Annemarie Meyer-Delius

Mit überwältigender Mehrheit sprach sich die jüngste Mitgliederversammlung des seit dem 1. Oktober durch Beitritte aus allen Alters- und Bildungsschichten um 5 Prozent stärker gewordenen SPD Ortsvereins Kronshagen für die erneute Kandidatur der Bundestagsabgeordneten HEIDE SIMONIS zum nächsten Bundestag aus. Anerkannt wurden damit ihre erfolgreichen Wahlkämpfe, ihre engagierte Arbeit im Bundestag auch für die Mitglieder ihres Wahlkreises, ihr Eintreten für sozialdemokratische Positionen, ihre kritische Solidarität mit Helmut Schmidt sowie ihr Mut zur eigenen Meinung und damit ihre Glaubwürdigkeit.

Die Wahl der Kronshagener Delegierten für die Bundeswahlkreis-Konferenz, auf der HEIDE SIMONIS nominiert werden soll, war letztlich Bekräftigung des Willens, den Bundestag am 6. März 1983 zu wählen und durch HANS-JOCHEN VOGEL den nicht vom Wähler gewollten Übergangskanzler abzulösen.

Nur gestreift werden konnte die von der Übergangsmehrheit vorgesehene verfassungswidrige und offenbar auf Abschreckung möglicher Antragsteller zielende Neuregelung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung.

Einstimmig billigte die Mitgliederversammlung das Nein der sozialdemokratischen Fraktion in der Gemeindevertretung zu einem Bürgerhaus, wie es offenbar wider besseres Wissen und ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse der Bürger, insbesondere der Jugend, im Interesse weniger nach dem Motto "Augen zu und durch" von der Mehrheitsfraktion beschlossen wurde.

Anläßlich der erheblichen Schwierigkeiten bei der Finanzierung der Jugendarbeit im Haus der Jugend am Heischberg - Würde sie nicht von der Kirche betrieben, hätte diese Arbeit die Gemeinde zu leisten! - forderte die Mitgliederversammlung die Fraktion in der Gemeindevertretung auf, von der Gemeindeverwaltung einen umfassenden Jugendbericht zu verlangen, der die soziale Lage der Jugend Kronshagens darstellt und der auch die Jugendarbeitslosigkeit erfaßt.

Dieter Reyher



Björn Engholm:

Wir wollen Partner der Bürger sein

Wir stehen vor einer historischen Wende. Die Menschen müssen entscheiden, ob sie mit der neuen CDU-FDP-Regierung schnurstracks zurück wollen in die 50er Jahre, mit der Folge von Sozialabbau, der Reduzierung von Mitbestimmungsrechten, der Begrenzung von Liberalität; ob sie zurückwollen in eine Ellenbogen-Gesellschaft, in der viele darben, damit weniger Gutes getan werden kann. Sie werden entscheiden müssen, ob wir eine Demokratie wollen, in der vom Bundespräsidenten über den Bundestagspräsidenten, den Bundesverfassungsgerichts-Präsidenten, die Mehrheiten im Bundestag und Bundesrat, in sieben Bundesländern und zahlreichen großen Städten allein von einer Partei gestellt werden. Der Weg in den CDU-

Staat ist unaufhaltsam, wenn die Wähler ihn nicht selbst aufhalten.

Ich plädiere dafür, mit aller Kraft für eine Wende zu kämpfen, die diesen Namen wirklich verdient. Eine Wende zu einer neuen gesellschaftlichen Periode, in der auch in schlechten Zeiten gerechte soziale Strukturen vorhanden sind. In der aus tiefer Überzeugung der Versuch einer Versöhnung von Ökonomie und Ökologie gemacht wird. In der ein Staat entsteht, in dem alle Gewalt tatsächlich vom Volke ausgeht. In dem Demokratie nicht geredet, sondern praktisch gelebt wird.

Die CDU hat 32 Jahre hindurch Zeit gehabt, die Probleme der Bürger und des Landes kreativ, sozial und liberal zu lösen.

Stichwort Björn Engholm

Der Spitzenkandidat

Am 31. Oktober 1982 wählte der Landesparteitag der SPD Schleswig-Holstein den Lübecker Bundestagsabgeordneten Björn Engholm zum Spitzenkandidaten für die Landtagswahl am 13. März 1983. Von 176 Delegierten stimmten 169 für ihn, und damit für den bereits im Frühjahr 1982 einstimmig gefaßten Personalvorschlag des Landesvorstandes.



Und das sind die Daten und politischen Stationen des Spitzenkandidaten Björn Engholm:

42 Jahre alt (geb.: 9.11.1939), verheiratet, zwei schulpflichtige Töchter. Leidenschaftlicher Lübecker.

Nach dem Besuch der Volksschule, dem

Erreichen der „Mittleren Reife“ an einem Gymnasium und einer Ausbildung zum Schriftsetzer „baute“ Engholm 1964 nach dem Studium auf der Hochschule für Wirtschaft und Politik zunächst seinen Sozialwirt, um 1969 nach dem Studium von Volkswirtschaft, Politik und Soziologie auch das Diplom als Politologe an der Universität Hamburg zu erwerben.

1962 trat Björn Engholm der SPD in Lübeck bei, wurde 1966 Kreisvorsitzender der Jungsozialisten in seiner Heimatstadt und eroberte 1969 auf Anhieb den Direktwahlkreis Lübeck für den Deutschen Bundestag. Längst auch im Landesvorstand der SPD machte sich Engholm im Bundestag vor allem für Fragen der betrieblichen Ausbildung stark. 1977 holte ihn der damalige Bundesminister Helmut Rhode als parlamentarischen Staatssekretär in das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft. 1981 wurde Engholm als Nachfolger von Dr. Jürgen Schmude selbst Bundesminister für Bildung und Wissenschaft. Bis zum Regierungswechsel am 1. Oktober übernahm dann der „dienstälteste Bildungspolitiker“ im Deutschen Bundestag auf Wunsch von Bundeskanzler Helmut Schmidt vorübergehend auch die Leitung des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Am 13. März 1983 möchte Björn Engholm den politischen Stationen seines bisherigen sozialdemokratischen Engagements das Amt des Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein hinzufügen. Nicht als „Karrierestufe“, sondern als reizvolle und notwendige Aufgabe, eine neue und sozialdemokratische Politik für Schleswig-Holstein in Regierungsverantwortung entscheidend mitzugestalten.

Nun stehe ich nicht an, zu sagen, alles, was sie getan hätte, sei falsch gewesen. Aber:

Wenn ich den neuen Bundesfinanzminister und ausgeschiedenen Ministerpräsidenten unseres Landes in Bonn reden höre, dann ist er auf ein Chaos und einen Trümmerhaufen gestoßen. Er beklagt die hohen Schulden, die hohe Arbeitslosigkeit, den geringen Stand der öffentlichen Investitionen usw. Aber: Liegt die Arbeitslosigkeit in Schleswig-Holstein mit derzeit 8,8 Prozent nicht erheblich über dem Bundesdurchschnitt? Ist Schleswig-Holstein nicht mit einer Pro-Kopf-Verschuldung von 3 412 DM nach dem Saarland der Spitzenreiter in der Verschuldung?

Wir Sozialdemokraten werden:

- konsequent den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung im Nah- und im Fernwärmebereich voranbringen, auf Energie sparen und nicht auf Energieverschwendung setzen und alternative Energieträger (Sonnenenergie, Biogas) fördern,
- die ökologisch falsche Eindeichung der Nordstrander Bucht verhindern und den Schutz der Menschen durch verstärkte und erhöhte Deiche sichern sowie gemeinsam mit den Bürgern Nordfrieslands unser Schutzkonzept für das Wattmeer entwickeln,
- den Naturschutz in Schleswig-Holstein wirkungsvoller ausweiten, weniger durch Ausnahmegenehmigungen durchlöchern und zum Beispiel die Sorge-Niederung unter Naturschutz stellen, und sie voll dem Artenschutz widmen,
- dafür sorgen, daß die Einleitung von Schadstoffen in Flüsse und Seen in Nord- und Ostsee durch den Ausbau der Kanalisation, den Bau von biologischen und chemischen Klärstufen drastisch verringert wird, die wasserrechtlichen Genehmigungen besonders im Unterelberaum gründlich überprüfen und sie jedermann zugänglich machen.

Der jetzige Ministerpräsident für die Übergangszeit bis März 1983, Uwe Barschel, hat seinen Innenminister-Stuhl freigelassen - als Wink mit dem Zaunpfahl an die FDP. Wenn nicht Opportunismus der Todfeind demokratischer Glaubwürdigkeit wäre, dann wäre dies den Kleinkunstpreis für Satire wert.

- War es nicht dieser frühere Innenminister, der noch vor kurzem Thesen zur inneren Sicherheit vorgelegt hat, die ob ihrer Drastik nur den ungeteilten Beifall bei Herrn Zimmermann und der CSU fanden? Thesen, nach denen die politische Kultur sich inneren Sicherheits-

prinzipien zu fügen hat; nach denen der starke Staat alles, der unbequeme Bürger wenig bedeutet; nach denen der Datenschutz ein Hemmnis für die Entwicklung und die Regelanfrage unverzichtbar ist?

Wir Sozialdemokraten werden

- das Gespräch und den Verständigungswillen zum Maßstab jeder Begegnung von Regierten und Regierenden machen. Bei uns wird es keine Ausgrenzung unbequemer Kritiker geben. Mißtrauen und politische Ignoranz werden keine Kriterien unseres Handelns sein. Wir wissen: Wer hoheitliche Distanz übt,

wer Mißtrauen sät und Ordnungsmacht demonstriert, kann nur Angst und Aggression ernten. Wir wollen uns leidenschaftlich bemühen, daß die Menschen sagen: Es gibt eine Regierung, die uns zuhört, es gibt eine Regierung, die anfaßbar und verantwortlich zu machen ist. Für uns wird der Satz „alle Gewalt geht vom Volke aus“ Richtschnur jedes politischen Handelns sein.

Deshalb werden wir Sozialdemokraten die Regelanfragen für Bewerbungen im öffentlichen Dienst abschaffen. Deshalb werden wir den Datenschutz stärken und den Datenschutzbeauftragten direkt dem Parlament zuordnen. Deshalb werden wir enga-

gierten Bürgern (Schülervertretern, studentischen Ästen, Jugendzeitungen, Bürgerinitiativen) handfeste Unterstützung anbieten. Deshalb werden wir die Rechte der Arbeitnehmer im Lande durch Stärkung ihrer Personalvertretungsrechte und im Bundesrat durch unser Eintreten für die qualifizierte Mitbestimmung stärken.

Was mir letztlich sehr am Herzen liegt: Wir reden von der Gleichberechtigung der Frau und sind doch so weit davon entfernt. Ich habe in fünf Jahren Bonner Tätigkeit im Bildungsministerium für die Bildungsbeteiligung, für mehr qualifizierte Ausbildungschancen, für gleiche Berufsbezeichnungen, für den Abbau von Bildungs- und Kulturhemmnissen zugunsten der Frauen gearbeitet. Ich behaupte nicht, daß ich damit bereits alle chauvinistischen Eigenschaften abgelegt hätte, aber: Eine sozialdemokratische Landesregierung unter meiner Führung wird der Gleichberechtigung der Frauen inhaltlich und organisatorisch einen besondern Rang einräumen.

Wir Sozialdemokraten wollen in Schleswig-Holstein den inneren und sozialen Frieden. Wir wollen ihn aus hundertjähriger Einsicht mit Leidenschaft. Er ist nicht erreichbar mit Gewalt, Repression, Besserwisserei, Ignoranz, sondern nur mit dem Willen zur Gerechtigkeit, mit dem Mut zur Toleranz, mit entschlossener Geduld und dem Bewußtsein eigener Fehlbarkeit.

Wir Sozialdemokraten wollen einen Beitrag auch zum äußeren Frieden leisten. Wir wollen das aus der hundertjährigen Erkenntnis, daß Unfriedfertigkeit immer und ausschließlich von Kindern, Müttern und Vätern aus den breiten Schichten unseres Volkes bitter bezahlt wurde. Der äußere Friede ist nicht erreichbar durch mehr und immer gefährlichere Waffen. Er ist nicht erreichbar durch eine Abgrenzung oder Embargo-Politik. Er ist nur erreichbar durch beharrliche Entspannungspolitik, durch den Willen, die selektive Sicherheitsgegnerschaft in eine kollektive Sicherheitspartnerschaft zu wandeln.

Die Sozialdemokraten Schleswig-Holsteins appellieren an alle reformwilligen Bürger: Schließt mit uns ein neues Bündnis. Ein Bündnis für soziale Gerechtigkeit. Ein Bündnis für den inneren Frieden, die liberale Vielfalt. Ein Bündnis für die Gleichberechtigung der Frauen, für die Akzeptanz der unbequemen Jungen, für die Achtung des Alters. Für den Frieden nach außen.

Wir appellieren an die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften, an das reformorientierte Bürgertum, an die Bürgerinitiativen und die vielen Ökologen im Lande. Laßt uns beginnen, eine Gesellschaft zu schaffen, in der nicht Werte geredet, sondern praktisch in Politik umgesetzt werden. Laßt uns beginnen, eine Gesellschaft zu schaffen, in der die Gewichtigen den Schwachen helfen, in der Andersdenkende Teil des Ganzen sind.

Günther Jansen:

Wie ehrlich sind die „Grünen“?

Als es noch keine „Grünen“ gab, keine Atomkraftwerke und keine Großchemie, vor fast dreißig Jahren, da pflegten Omas und Opas angesichts kühler und regnerischer Sommertage zu sagen: „Das hat es früher nicht gegeben, so ein Wetter zu dieser Zeit. Das kommt alles von den neomodischen Erfindungen.“

Heute neigen auch viele Wissenschaftler zu solchen Ansichten und die Enkel wählen „grün“.

Tatsächlich liegt es ja auch an den „neomodischen Erfindungen“, daß man in der Stadt nicht mehr baden kann und der Stadtpark nicht mehr so durchdringend nach Wald riecht.

Tatsächlich aber auch haben wir alle ohne Ausnahme die Art „Fortschritt“, die wir heute haben, produziert, gewählt und ohne größere Bedenken konsumiert. Es blieb den „Grünen“ vorbehalten heute ein paar gesellschaftliche Gruppen, wie zum Beispiel die „etablierten Parteien“ und bestimmte Unternehmensbereiche zu den Verursachern dieser Entwicklung zu stempeln. Und es ist eine zu allen Zeiten übliche und erfolgreiche Übung, einem Problem erst einmal dadurch zu Leibe zu rücken, daß man „Schuldige“ ausfindig macht und bestraft.

So gerät auch die SPD bei jenen Bürgern in Mißkredit, die 1959 statt des „blauen Himmels über der Ruhr“ lieber Konrad Adenauers und Ludwig Erhards uneingeschränkte Wachstumspolitik bevorzugten.

Sich darüber heute zu beschweren, wäre naiv und den wirklich dringlichen Umwelt-

problemen nicht angemessen. Daran aber heute zu erinnern, erscheint mir angesichts der durch „Grüne“ geförderten allgemeinen Wut über sozialdemokratische Versäumnisse in diesem Bereich angebracht.

Großprojekte im Kernkraftbereich, Startbahnen für Flugzeuge und Autobahnzubringer sind keine liebgewordenen Spielzeuge für uneinsichtige Politiker sondern logische Konsequenzen einer vor wenigen Jahren noch von allen politischen Gruppierungen für notwendig erachteten Wachstumspolitik. Und so, wie man einen Großtanker nicht auf wenigen Meter stoppen oder in umgekehrte Richtung laufen lassen kann, so schwerfällig läßt sich auch nur das Ruder - in einer mittlerweile auch von der SPD als falsch erkannten Richtung - herumreißen. Und es nützt uns und jenen, die wieder baden wollen in der Elbe oder Wald tanken wollen im Stadtpark, gar nichts, daß da ein paar „Grüne“ in die richtige Richtung rudern, wenn wir es nicht schaffen, eine Mehrheit zu überzeugen und zum Handeln zu zwingen für ein vernünftiges, menschengerechtes Miteinander von Ökologie und Ökonomie.

Das meint nicht, daß nur die SPD zu dieser Zukunftserhaltenden Politik befähigt ist: das meint nur, daß vieles, was heute der SPD als Taktik oder verzögernder Sachzwang fixierung angelastet wird, im Einzelfall auch ist: „grünen Mehrheiten“ die politische Glaubwürdigkeit kosten wird, wenn sie vor Wahlen nicht daran denken, was sie nach den Wahlen wirklich verändern können.